Namslauer Stadtblatt.

Zeitschrift für Tagesgeschichte und Unterhaltung.

Dreiundzwanzigster Jahrgang.

Nr. 31. Preis pro Quartal 1 Mk. 5 Pf., in's Haus geliefert 1 Mk. 15 Pf. — Alle Kaiserl. Postanstalten nehmen Bestellungen für den Pränumerationspreis incl. Abtragsgebühr, von 1 Mk. 25 Pf. an. Namslau, Sonnabend den 21. April. Inserate werden für die Dienstags-Nummer bis spätestens Montag Vormittag 11 Uhr und für die Sonnabends-Nummer bis spätestens Freitag Vormittag 11 Uhr angenommen. 1894.

Der Sonntagsunterricht in den Fortbildungsschulen.

Noch kurz vor Thorcsschluß hat der Reichstag eine Entscheidung getroffen, welche für weitere gewerbliche und industrielle Kreise nicht unwichtig ist. Es handelt sich um die dem Parlamente vor wenigen Tagen noch zugegangene neue Vorlage über die Frage des Sonntagsunterrichtes in den Fortbildungsschulen; der Reichstag beschäftigte sich in seiner Dienstagsitzung in erster und zweiter Lesung mit dem betreffenden Entwurfe und war das Ergebniß der längeren Debatte, daß das Haus denselben mit erheblicher Mehrheit ablehnte. Dieser negative Beschluß muß in Anbetracht dessen, was die Regierung mit ihrer Vorlage erstrebte, bedauert werden. Denn bekanntlich zielt die letztere auf Ermöglichung des Fortbestandes des Sonntagsunterrichtes in den Fortbildungsschulen der auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung (Sonntagsruhegesetz) vom 1. October d. Js. ab wegzufallen hätte, bis zum 1. October 1897, damit in der dreijährigen Zwischenzeit eine Verständigung mit den Kirchenbehörden und dadurch eine definitive Regelung dieser in die Bedürfnisse und Gewohnheiten des täglichen Lebens merklich einschneidenden Frage bewerkstelligt werden könne. Lebhaft und wiederholt trat der preußische Handelsminister v. Berlepsch für die Regierungsvorlage ein, mit Nachdruck die verschiedenen Gründe betonend, welche für die Fortdauer des Sonntagsunterrichtes in den genannten Bildungsanstalten sprechen, ohne daß er mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe zu collidiren brauchte. Seine Ausführungen wurden von nationalliberaler und freisinniger Seite unterstützt, trotzdem war das Haus in seiner Mehrheit der Meinung, der gedachte Unterricht habe bereits vom kommenden ersten October ab aufzuhören — wobei hauptsächlich die hierbei in Betracht kommenden Rechte der Kirche hervorgehoben wurden — und dem entsprechend wurde denn auch die genannte Regierungsvorlage abgelehnt.

Selbstverständlich muß man die ganze Angelegenheit nicht von irgend welchem Parteistandpunkte, sondern von demjenigen der Interessen und Erfordernisse des praktischen Lebens aus betrachten, dann aber kann man obigen Reichstagsbeschluß nur mit schweren Bedenken aufnehmen. Gewiß sollen weder die kirchlichen Pflichten und Bedürfnisse der Fortbildungsschüler, noch ihre sonntägige Erholungszeit durch den Sonntagsunterricht zu kurz kommen. Indessen, es hätten sich wohl noch Mittel und Wege gefunden, die Forderungen nach beiden Richtungen hin mit dem Fortbildungsunterricht an den Sonntagen in Einklang zu bringen, wenn seitens des Reichstages die regierungsseitig vorgeschlagene Fristverlängerung gebilligt worden wäre, so jedoch wird künftig mit dem sonntägigen Fortbildungsunterricht schroff tabula rasa gemacht. Die Verlegung des Sonntagsunterrichtes auf die Wochentage wäre ja ganz wünschenswerth, aber der practischen Durchführung einer solchen Maßnahme stehen die größten Hindernisse entgegen; wenn hie und da bereits der Wochentagsunterricht an den Fortbildungsschulen mit Erfolg besteht, so wirken hierbei besonders günstige locale Verhältnisse mit ein. Im Allgemeinen indessen würden den Interessenten in dieser Frage aus der bevorstehenden Maßnahme nur die größten Schwierigkeiten erwachsen. Man bedenke doch, wie es vielfach fast unmöglich ist, in der Woche die nöthigen Lehrkräfte und Lokale für die Fortbildungsschulen zur Disposition gestellt zu bekommen, oder daß dies wenigstens nur unter schweren Geldopfern für die betheiligten Handwerksmeister u. s. w. durchzusetzen wäre. Ferner muß man erwägen, daß eine Arbeitsunterbrechung, veranlaßt durch den Wochentagsunterricht der Lehrlinge, namentlich in kleingewerblichen Betrieben eine empfindliche Störung zur Folge haben müßte und endlich darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die jungen Leute Sonntags mit frischen Kräften in den Unterricht kommen, Wochentags jedoch an demselben nur in mehr oder weniger abgearbeiteten Zustande theilnehmen könnten.

Soll nun wirklich der Sonntagsunterricht an den Fortbildungsschulen künftig wegfallen, so liegt die Gefahr nahe, daß viele der bisherigen Fortbildungsschulen alsdann eingehen müßten, und das könnte im Ernste doch Niemand wünschen. Freilich gäbe es dann noch einen Ausweg, er ist vom Minister v. Berlepsch bereits angedeutet worden, nämlich die obligatorische Gestaltung des Fortbildungsschulwesens überhaupt, nachher könnte der Staat die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichtes auf irgend einen Wochentag Vormittag einfach dictiren. Ob indessen ein derartiges Radicalmittel ersprießlich und gedeihlich wäre, daß muß in Hinblick auf die augenblicklichen Verhältnisse, die hierbei in Betracht kommen, dann doch bezweifelt werden.

Pessimismus.

I.

Zu allen Zeiten, in jedem bürgerlichen Gemeinwesen hat es Leute gegeben, die das Kritteln und Nütteln an den bestehenden Verhältnissen, an Allem, was die verantwortlichen und handelnden Stellen thun, mit aller Kraft eines zornigen oder verdrießlichen Temperamentes betreiben. Sie halten das für ihr gutes Recht, da sie doch aus ihrem Beutel zu dem beisteuern, was für allgemeine Zwecke verlangt und ausgegeben wird, und sie haben dazu die unbestreitbare Thatsache für sich, daß nichts in der Welt geschieht, das, sei es noch so gut und trefflich ausgedacht, nicht der Verbesserung fähig wäre. Ja, sie fangen damit beim Herrgott selber an; große und kleine Geister haben sich bemüht, den Pessimismus in ein wohlgeordnetes System zu bringen und preisen ihn als die höchste Weltweisheit an, die freilich nur für die ganz klugen Leute passe. Den Optimismus, der die Freude am Dasein und Wirken, den Glauben an die eigne Thatkraft und an die Zukunft nicht aufgiebt, halten sie gut für Harmlose und Thoren; die Religion aber, die sich bei Kümmernitz und Sorge der gütigen Vaterhand Gottes getröstet, sei, so meinen sie, lediglich für Weiber und Kinder da.

Daß bei einem so philosophisch angelegten Volke, wie wir Deutsche es nun einmal sind, auch die Klasse der politischen Pessimisten reichlich vertreten ist, kann nicht Wunder nehmen. Sie waren zu allen Zeiten, auf allen Stufen unserer nationalen Entwicklung da, und bei der politischen Zerrissenheit, an der unser Vaterland Jahrhunderte hindurch gekrankt hat, hatten sie auch immer reichlich Gelegenheit, sich zu bethätigen. Gottlob hat es aber bei uns niemals an Männern gefehlt mit Sonnenlicht in den Augen und Sonnengluth in den Adern, die der Nation als thatkräftige Führer erstanden. Ging es hinaus in den frischen Kampf, so blieb der Pessimismus, ein grämlicher Geselle, hinterm Ofen hocken; und er konnte erst dann wieder sein Werk fortsetzen, wenn die Sieger, die Stirn mit dem Kranze umwunden, heimkehrten und es galt, den auf der Wahlstatt errungenen Besitz in bedachtsamer Friedensarbeit zu festigen.

Die Geschichte lehrt, daß es dem Pessimismus nur zu oft geglückt ist, diese Friedensarbeit zu stören, seine Fäden als häßlichen, unüchtigen Einschlag in das Gewebe mit einzuwirken, sodaß ein verschlissenes, brüchiges Gewand daraus ward statt eines guten, dauerhaften Kleides, das den Leib des deutschen Volkes schmücken und schirmen sollte nach der Absicht des Meisters. Die Geschichte eines Volkes wiegt für die Gesammtheit ebensoviel, wie die Lebenserfahrung für den Einzelnen. Wer erfahren hat, daß man begangene Fehler gut machen muß und wie schwer das ist, wieviel Mühe und Arbeit das kostete, die man vortheilhafter hätte verwenden können, der hat aus dieser Erfahrung gelernt, künftighin Fehler zu vermeiden. Die Zeiten wirthschaftlichen und politischen Niedergangs, die Deutschland so oft nach kurzen Perioden eines Aufschwungs erlebt hatte, der die Nachbarvölker staunen und zittern machte, sollten dem Volke dieselbe Lehre geben, die der Einzelne aus seiner eigenen Erfahrung zieht.

Bald ist ein Vierteljahrhundert verflossen, daß wir den großen Kampf gekämpft, der uns die Einigung und Herrlichkeit des Reiches gebracht hat. Haben wir die Zeit, die seitdem verflossen ist, mit einträchtigem Sinne ausgenutzt zum Ausbau unserer gesetzgeberischen und wirthschaftspolitischen Verhältnisse, wie sie ein großes, im Herzen Europas liegendes Reich haben muß, um in sich gefestigt dazustehen und auch im friedlichen Wettbewerb die Stellung in der Gemeinschaft der Völker zu behaupten, die wir mit dem Schwerte errangen? Die verbündeten Regierungen, die preußische und kaiserliche voran, haben dafür gesorgt, daß Dank der von Jahr zu Jahr vervollkommneten Heeresorganisation keine Lücke in die schützenden Außenmauern komme — aber unter wieviel Schwierigkeiten, unter welchem Widerspruche jener Parteien, die ihren Drang nach Rechthaberei und Besserwissen nicht dem allgemeinen Interesse unterordnen mochten! Derselbe Widerspruch wiederholte sich, als es den Ausbau der inneren Organisation galt, der zunächst nur in großen, allgemeinen Zügen angelegt werden konnte, und den auf den umfangreichen Gebieten der Verwaltung der Rechts- und Unterrichtspflege, der Arbeitergesetzgebung u. s. w. zu vervollständigen wir noch lange zu thun haben. Derselbe Widerspruch hat sich erst jüngst wieder geltend gemacht, als es galt, zum Auslande durch Verträge in dauernde wirthschaftspolitische Wechselbeziehungen zu treten, und er hat in den Vertretern einzelner Erwerbsgruppen solch selbstsüchtigen und engherzigen Ausdruck gefunden, wie er mit den Pflichten und der Rücksichtnahme für das große

Ganze, dem wir schließlich doch Alle zu dienen haben, nicht vereinbar ist.

Man beklagt heute den Verlust der Männer, die diese Arbeiten begannen, und will ihren Nachfolgern das Vertrauen nicht gönnen, das man jenen angeblich geschenkt hat. Angeblich! Welch starken Gegendruck mußten sie nicht erst überwinden, und man stimmte ihnen erst dann bei, nachdem die Thatsachen ihnen Recht gegeben hatten! Das muß uns eine Lehre und darf uns eine Hoffnung für die Zukunft sein: denn die wird der auf die Ueberlieferung der Jahrhunderte gegründeten Hohenzollernpolitik auch fernerhin Recht geben, wie das bisher schließlich immer der Fall gewesen. Preußen ist im Kriege groß, im Frieden aber stark geworden; die Hohenzollernpolitik wird Deutschlands friedliche Entfaltung fördern, wie sie die Wohlfahrt Preußens gefördert hat. Die Parteien aber, die es von jeher als Ehrenrecht betrachteten, als besondere Stützen der Hohenzollernpolitik zu gelten, sollen sich diese Stelle auch nicht nehmen lassen, nun es die Entwickelung Deutschlands gilt. Ueberlassen wir es den Anhängern der Demagogie und Sozialdemokratie, das unfruchtbare Geschäft der pessimistischen Krittelei zu treiben.

Politische Uebersicht.

Deutschland.

An diesem Donnerstag findet in Coburg die feierliche Vermählung des jugendlichen Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt mit der anmuthigen Prinzessin Victoria Melita von Sachsen-Coburg statt. Die verzweigten nahen verwandtschaftlichen Beziehungen des hohen Paares zu den europäischen Regentenfamilien machen es erklärlich, daß eine ungewöhnliche stattliche Anzahl hochfürstlicher Gäste den Hochzeitsfeierlichkeiten am Coburger Hofe beiwohnt, denn es sind die deutschen, englischen, russischen, bulgarischen und rumänischen Verwandten des erlauchten Brautpaares fast vollzählig in der freundlichen thüringischen Residenzstadt am Strande der Itz eingetroffen. Abgesehen natürlich von den Eltern und Geschwistern der Prinzessin Victoria Melita, sind bei den Vermählungsfestlichkeiten zugegen: der deutsche Kaiser, die Königin von England, die Kaiserin Friedrich, der Großfürst-Thronfolger Nicolaus, sowie die Großfürsten Wladimir, Sergius und Paul von Rußland, der Fürst und die Fürstin von Bulgarien, das englische Thronfolger-Paar, das rumänische Thronfolger-Paar, die Prinzessin Alix, Schwester des Großherzogs Ernst Ludwig, der Herzog und die Herzogin von Connaught, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, Prinz und Prinzessin Ludwig von Battenberg u. s. w. Die meisten dieser Fürstlichkeiten gedachten Coburg noch im Laufe des Donnerstag wieder zu verlassen.

— Der Kaiser ist am 18. April Vormittag um 11½ Uhr von Karlsruhe abgereist und Nachmittags 6 Uhr unter dem Geläute sämmtlicher Glocken und unter Kanonensalven in Coburg eingetroffen, wo auf dem Bahnhofe großer Empfang stattfand. Der Kaiser umarmte und küßte den Herzog von Coburg und Gotha und reichte den übrigen höchsten Herrschaften die Hand zum Gruß. Sodann schritt er mit dem Herzog und dem Gefolge die Ehrencompagnie ab und begab sich hierauf zu Wagen nach dem Schlosse, wo er von der Herzogin empfangen wurde. — Vor dem Kaiser waren bereits die Kaiserin Friedrich, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, sowie der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen mit der Prinzessin Feodora in Coburg eingetroffen.

Die Kaiserin Auguste Victoria hat nun, wie vorher bereits ihr erlauchter Gemahl, von Abbazia aus der berühmten Lagunenstadt Venedig ebenfalls einen mehrtägigen Besuch abgestattet. Die hohe Frau weilte daselbst vom Montag Nachmittag bis Mittwoch Abend, die Bevölkerung Venedigs bereitete der deutschen Kaiserin eine enthusiastische Aufnahme. Am Dienstag Abend fand zu Ehren der Anwesenheit Ihrer Majestät eine prachtvolle bengalische Beleuchtung des Markusplatzes statt, wobei die Volksmassen der Kaiserin wahrhaft stürmische Huldigungen darbrachten. Die Kaiserin soll sich hochbefriedigt über ihren Aufenthalt in Venedig ausgesprochen haben.

— Wie aus Venedig berichtet wird, empfing die Kaiserin am 18. eine Begrüßungsdepesche von dem König Humbert. Es wurden wieder verschiedene Sehenswürdigkeiten der Stadt und die Glasfabriken von Murano besichtigt. Nachmittags sollte die Abreise erfolgen.

— Der Kaiser hat an den bisherigen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, anläßlich seines Scheidens aus dem Reichsdienst das nachstehende Schreiben gerichtet und dasselbe dem Prinzen, unter gleichzeitiger Uebergabe der Brillanten zum Schwarzen Adler-Orden, persönlich behändigt:

Durchlauchtiger Prinz,
freundlich lieber Vetter!

Es ist Mir ein Bedürfniß, Eurer Durchlaucht beim Ausscheiden aus dem Reichsdienst Meinen aufrichtigen Dank für die ausgezeichneten Dienste auszusprechen, welche Eure Durchlaucht seit nahezu fünfundvierzig Jahren Meinen drei Vorgängern an der Krone und Mir Selbst in stets gleicher Treue geleistet haben. Zu Eurer Durchlaucht hervorragendsten Verdiensten wird die Geschichte außer der Haltung, welche Eure Durchlaucht als Gesandter am Kaiserlich russischen Hofe während des deutsch-französischen Krieges eingenommen, stets den erfolgreichen Antheil zählen, welcher Ihnen an der Aufrichtung des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn zufällt, und nicht minder wird sie die Verdienste anerkennen, welche Eure Durchlaucht Sich in den seitdem verflossenen fünfzehn Jahren um die Festigung und Stärkung dieses Bundes erwarben. Als Zeichen Meiner warmen Anerkennung habe Ich Eurer Durchlaucht die Brillanten zu Meinem Hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen, dessen Insignien Ich Ihnen anbei zugehen lasse. Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Durchlaucht mit den aufrichtigsten Wünschen für Ihr ferneres Wohlergehen die Versicherung der fortdauernden freundschaftlichen Gesinnungen zu erneuern, womit Ich verbleibe

Abbazia, den 9. April 1894.

Eurer Durchlaucht
freundwilliger Vetter
Wilhelm. I. R.

An des Prinzen Heinrichs VII. Reuß Durchlaucht.

Der Reichstag hat am Montag eine bedeutungsvolle Entscheidung getroffen: Mit 168 gegen 145 Stimmen nahm das Haus in namentlicher Abstimmung den Centrumsantrag auf Aufhebung des den Jesuitenorden aus Deutschland verbannenden Gesetzes vom 4. Juli 1872 definitiv an. Die vielfach gehegte Erwartung, es würde bei dieser dritten Lesung des genannten Antrages zu leidenschaftlichen Debatten kommen, ist indessen durchaus nicht eingetroffen, die Discussion hierüber verlief vielmehr sehr ruhig und beschränkte sich meist auf kurze Erklärungen der Parteiführer. Der Centrumsantrag wurde vom Abgeordneten Grafen Hompesch in knapper Weise nochmals begründet und machte Graf Hompesch zu dessen Gunsten vornehmlich geltend, die Rückberufung der Jesuiten nach Deutschland würde den confessionellen Frieden nicht nur nicht gefährden, sondern nur noch weiter fördern; außerdem betonte der Centrumsredner, daß das Jesuitengesetz mit dem allgemeinen Rechte unvereinbar sei. In der sich anschließenden Debatte sprachen, theils vom persönlichen Standpunkte aus, theils aber auch im Namen ihrer Fraction, gegen den Antrag die Abgeordneten Dr. Friedberg (nat.-lib.), v. Stumm (Reichspartei), Schröder (freis. Vereinigung) und v. Manteuffel (cons.), für den Antrag jedoch die Abgeordneten Lengmann (fr. Volkspartei), Liebknecht (soz.) Hilpert (protestantischer bayr. Bauernbündler), Dr. Haas (Elsässer) und Dr. Jazdzewski (Pole). Die hierbei vorgebrachten Gründe für und gegen die Wiederaufhebung des Jesuitengesetzes boten zu der vorliegenden Frage nichts Neues mehr dar; bemerkenswerther Weise verhielten sich die anwesenden Vertreter der verbündeten Regierungen vollständig schweigend. Nach Schluß der Generaldebatte wurden in der folgenden Spezialberathung die einzelnen Paragraphen fast debattelos angenommen, die Schlußabstimmung ergab dann das schon mitgetheilte Resultat. Die Mehrheit für den Centrumsantrag bildeten das Centrum, die Welfen, die Elsässer, die Polen die Socialdemokraten die Mehrheit der süddeutschen Volkspartei und der freisinnigen Volkspartei, der Antisemit Hirschel und Abg. Dr. Barth von der freisinnigen Vereinigung. Gegen den Antrag stimmten geschlossen die Nationalliberalen und die beiden conservativen Fractionen, ferner ein Bruchtheil der süddeutschen Volkspartei und der freisinnigen Volkspartei, die freis. Vereinigung, sowie die Mehrzahl der Antisemiten; der Stimmabgabe enthielten sich die Antisemiten Böckel und Werner. Jetzt hat nun der Bundesrath Stellung zu diesem wichtigen Reichstagsbeschluß zu nehmen, was aber in der laufenden Session schwerlich noch geschehen wird. Schon jetzt versichert man aber in Berliner politischen Kreisen bestimmt, der Bundesrath werde den Centrumsantrag ablehnen; sollte letzterer Fall wirklich eintreten, so ist es nicht unmöglich, daß die Centrumspartei infolgedessen wieder vollständig ihre oppositionelle Seite hervorkehrt. — Im weiteren Verlaufe der Montagssitzung genehmigte der Reichstag noch den Gesetzentwurf über den Schutz von Waarenbezeichnungen in zweiter Lesung, jedoch mit Abänderungen, welche nach einer Erklärung des Staatssecretärs v. Bötticher das Zustandekommen dieses nicht unwichtigen Gesetzes gefährden. Außerdem nahm das Haus definitiv den Antrag Schröder, betr. die Neuregelung der bisherigen Bestimmungen über die Kündigungsfrist für Handlungsgehilfen, an.

Am Dienstag erledigte der Reichstag wieder einmal eine reichhaltige Tagesordnung. Ihren ersten und hauptsächlichsten Gegenstand bildete die dem Hause erst ganz kurzem zugegangene Vorlage, welche eine dreijährige Verlängerung der Frist für die Gestattung von Ausnahmen der Bestimmungen des § 120, Abs. 1 der Gewerbeordnung, der auf Grund des Sonntagsruhegesetzes den Sonntagsunterricht an den Fortbildungsschulen künftig verbietet, will. In der Generaldiscussion vertheidigte der preußische Handelsminister v. Berlepsch wiederholt und leohaft die Vorlage und ihre Tendenz, durch die erstrebte Ausnahmefrist eine Verständigung zwischen dem Standpunkte der Kirchenbehörden in dieser Frage und weiter zwischen den Forderungen der Sonntagsruhe und den Befürworten der ferneren Fortdauer des sonntägigen Fortbildungsschulunterrichtes zu ermöglichen. Der Regierungsvertreter wurde in seinen Ausführungen durch die Abgeordneten Dr. Osam (nat.-lib.) und Schmidt—Elberfeld (fr. Volksp.) unterstützt, von denen im Einklang mit dem Minister die Gründe entwickelt wurden, welche für die Beibehaltung des Sonntags-Fortbildungsunterrichtes sprechen. Auf den anderen Seiten des Hauses war man jedoch entschieden dafür, daß dieser Unterricht vom 1. October d. J. ab wegzufallen habe, in welchem Sinne die Abgeordneten Dr. Kropatschek (cons.) Graf Bernstorff-Lauenburg (Reichspartei), Dr. Schädler (Centr.) und Freiherr v. Stumm (Reichspartei), sowie Vogtherr (soz.) sprachen, wobei die ersteren vier Redner in der Hauptsache die kirchliche Seite betonten. In der zweiten Lesung wurde sodann die Vorlage ohne weitere Debatte abgelehnt, es wird demnach der Unterricht an den Fortbildungsschulen künftig nur noch Wochentags stattzufinden haben oder aber — eine bedenkliche Perspective! — überhaupt ganz auf hören müssen. Im weiteren Fortgange der Sitzung genehmigte der Reichstag in dritter Lesung die Anträge Gröber-Rickert, betr. die Sicherung des Wahlgeheimnisses, erörterte hierauf in erster Berathung den vom Centrum und den Conservativen beantragten Entwurf eines Heimstättengesetzes und genehmigte dann in zweiter Lesung den Nachtragsetat (Mehranstellung von Beamten des Patentamtes infolge des neuen Waarenschutzgesetzes) und das „Brieftaubengesetz."

Der Schluß der Session sollte nach den neuesten Dispositionen an diesem Donnerstag erfolgen.

Die Steuercommission des Reichstages hat am Montag und Dienstag stundenlange Verhandlungen über die Tabakstteuervorlagen gepflogen, ohne doch hierbei zu einem positiven Beschlusse zu gelangen. Die Debatten wurden deshalb auch am Mittwoch fortgesetzt.

Der angekündigte Antrag der Conservativen auf Einführung eines Wollzolles ist vom Abg. v. Plötz nun doch noch im Reichstage eingebracht worden, wird aber schwerlich noch zur Verhandlungen kommen.

Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag den Rest des Etats in dritter Lesung, womit das Haus mit einer seiner Hauptarbeiten aufgeräumt hat. Die Sitzung wurde fast vollständig durch die Berathung des Cultusetats und die sich hierbei abspielenden kirchenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem Centrum und den Nationalliberalen ausgefüllt. Nach definitiver Annahme des Etats und des Etatsgesetzes folgte noch die erste Lesung der Vorlage, betr. Aenderung der Wegegesetzgebung der Provinz Hannover. Die Debatte endete mit dem Beschlusse, die zweite Lesung gleich im Plenum vorzunehmen. Am Mittwoch beschäftigte sich das Haus mit der zweiten Berathung des Kaligesetzes.

Seit voriger Woche tagt in Berlin auch die „Silbercommission" wieder; über den Verlauf ihrer Verhandlungen wird jedoch noch Stillschweigen bewahrt, die betreffenden stenographischen Berichte sollen der Oeffentlichkeit erst später übergeben werden.

Frankreich.

Die Pariser Bombenmänner fangen an, das Bombenwerfen auf eine ganz neue und eigenartige Weise zu betreiben. Am Dienstag Mittag fuhr ein Mann mit einem von ihm selbst gelenkten leichten offenen Wagen vor dem Polizeicommissariate auf dem Boulevard Diderot vor, stieg ab, legte an dem Gebäude eine Bombe nieder, sprang dann wieder auf seinen Wagen und fuhr im raschesten Trabe davon. Glücklicher Weise gelang es, die Bombe unschädlich zu machen, ehe sie Unheil anzurichten vermochte. Mindestens originell ist aber der Gedanke, der Pariser Dynamitbolbe, ihre Bomben mittels Kutschwagens an irgend einen Ort zu befördern und nach Aussetzung des Mordwerkzeuges sich mit dem Gefährt rasch aus dem Staube zu machen!

Orient.

Der jüngste Grenzconflict zwischen Bulgarien und Serbien spitzt sich immer mehr zu. In Sofia zeigt man sich sehr verschnupft darüber, daß sich die serbische Regierung auf die bekannten Genugthuungsforderungen Bulgariens bis jetzt noch gar nicht gerührt hat. Vom bulgarischen Ministerrathe ist daher beschlossen worden, eine dringliche Note an das serbische Cabinet zu richten und in derselben eine bestimmte Beantwortung der bulgarischen Beschwerden zu fordern. Möglicher Weise führt die Affaire noch zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden kleinen Gernegroßen.

Egypten.

Im Pharaonenlande hat sich ein neues Cabinet unter Nubar Pascha mit gnädigster Erlaubniß der englischen Regierung eingerichtet. Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, wie lange das Einvernehmen zwischen dem neuen egyptischen Cabinet und den Herren Engländern dauern wird.

Brasilien.

Die Revolution in Brasilien liegt offenbar in den letzten Zügen. Die Aufständischen scheinen nur noch die Rolle des von den Regierungstruppen gehetzten Wildes zu spielen, sie flüchten nach allen Seiten. Eine Abtheilung der zersprengten Insurgenten flüchtete unter General Salgado nach Uruguay, dessen Regierung ist vom Präsidenten Peixoto der Vorschlag gemacht worden, die brasilianischen Flüchtlinge auf Kosten Brasiliens nach ihrem Vaterlande zurückbefördern zu lassen, wo ihnen mit Ausnahme der Führer Amnestie gewährt werden soll. Anderseits wird aus Buenos Ayres, der Hauptstadt Argentiniens, die Ankunft der Schiffe der Insurgenten „Republica", „Meteoro", „Iris", „Urano" und „Esperanza" gemeldet. Es ist zweifellos, daß sich diese Schiffe auf der Flucht vor dem brasilianischen Regierungsgeschwader befinden.

Schlesien.

?? Namslau, 19. April. (Beerdigung.) Am Montag Vormittag fand zu Schmograu die Beerdigung des am 12. d. Mts. unerwartet verstorbenen Erzpriesters und Königl. Ortsschulinspectors Herrn Anton Marzon in feierlicher Weise statt, und legte dieselbe ein beredtes Zeugniß ab von der Liebe und Wertschätzung, welcher sich der Dahingeschiedene nicht nur in seiner Gemeinde, sondern auch über diesen Kreis hinaus bei Hoch und Niedrig zu erfreuen hatte. Schon Sonntag Abend war die Leiche vom Pfarrhause nach der Kirche übertragen und vor dem Hochaltar aufgestellt worden. Zahlreiche Gemeindeglieder umkniteten betend den Sarkophag des treuen Verstorbenen, während einige der Herren Nachbargeistlichen das Officium defunctorum sangen. Die Begräbnißfeier begann um 10 Uhr und wurde von dem Fürstbischöflichen Kommissarius Herrn Erzpriester Zajadacz—Trembatschau geleitet. Unter der nach vielen Hunderten zählenden Trauerversammlung befanden sich außer den Angehörigen 17 Geistliche. Eröffnet wurde die ernste Feier durch ein vom Kommissarius Zajadacz celebrirtes feierliches Todtenamt, unter welchem seitens des Chores ein Requiem für gemischten Chor gesungen wurde. Herr Pfarrer und act. circuli Hettwer—Kaulwitz las zur selben Zeit an einem Seitenaltar eine stille heilige Messe. Darauf hielt Herr Erzpriester Myslitwiec—Beuthen O.S. die deutsche Leichenrede, in welcher er in überaus herzlichen Worten und in schöner Sprache die Verdienste des Verstorbenen als Seelenhirt, insbesondere in Bezug auf die Errichtung der katholischen Schule in Droschkau und die Opfer zur Verschönerung des Schmograuer Gotteshauses, wie auch ferner seine Güte, insbesondere gegenüber den Verwandten, und sein schönes, liebevolles Verhältniß zu seinen Confratres hervorhob. Nächstdem folgte die polnische Trauerrede, gehalten vom Herrn Erzpriester Nerlich—Deutsch-Piekar, dem langjährigen früheren Nachbar des Verstorbenen. In ergreifender Weise führte der hochwürdige Redner aus, daß er aus weiter Ferne herbeigeeilt sei, um einen Ausdruck des Dankes zu geben für alle Beweise der Liebe, die er bei dem Entschlafenen erhalten, und er pries sodann die große Treue und Gewissenhaftigkeit und den Eifer, mit dem Herr Erzpriester Marzon seines hehren Amtes gewaltet, desgleichen seine große Frömmigkeit und Wohlthätigkeit. Schließlich forderte er, wie es auch Herr Erzpriester Myslitwiec gethan, die Gemeinde auf, des guten Erzpriesters im frommen Gebet zu gedenken. Nachdem die ersten Töne des Libera verklungen waren, wurde die Leiche zu Grabe getragen. Herzergreifend war das Schluchzen der Gemeinde, die dem mit den priesterlichen Insignien und mit herrlichen Kränzen und Palmen überaus reich geschmückten Sarge folgte. Seine Ruhestätte hat der teure Verstorbene auf dem alten Kirchhofe, an der Seite seines Bruders, des Erbauers der jetzigen Schmograuer Kirche, gefunden. Nach Verrichtung der vorgeschriebenen Gebete sangen die zahlreich versammelten Herren Lehrer des Konferenzbezirks Schmograu eine Arie, worauf das Salve Regina intonirt wurde. Am Schluß der Trauerfeierlichkeit stattete Herr Kommissarius Zajadacz dem Verstorbenen noch herzinnigen Dank ab, für alle Opfer, welche er der Gemeinde Kunzendorf gebracht, zumal er dieselbe in der Zeit des Kulturkampfes mit pastorisiren half. Er dankte auch allen für die Theilnahme an der Beerdigung und knüpfte daran eine Abbitte im Namen des Verstorbenen. Mit einem kurzen Gebete wurde die ernste Feier, die zweifellos auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck gemacht hat, geschlossen. Aber schon erhob sich der Grabeshügel über die Ruhestätte des geliebten Hirten, welcher in allen Lebenslagen den Parochianen ein wohlmeinender, aufrichtiger Berather und Helfer war. Möge Gott der verwaisten Gemeinde einen Seelsorger senden, der dasselbe gute Herz und dieselbe wohlwollende Gesinnung gegen Jedermann besitzt, wie sie der verstorbene Erzpriester Marzon hatte. R. i. p.

= (Firmung.) Auf seiner diesjährigen kirchlichen Visitationsreise wird der katholische Feldpropst der Armee, Bischof Dr. Aßmann, auch unsere Stadt besuchen. Nach den bereits getroffenen Dispositionen trifft der Hochwürdigste Bischof Mittwoch, den 27. Juni, hierselbst ein und wird am nächsten Tage denjenigen Mannschaften der Garnison, die noch nicht gefirmt sind, die heilige Firmung spenden.

= (Quartalssitzung.) Die Tischler-, Glaser- und Drechsler-Innung hielt am 16. d. Mts. ihr Oster-Quartal ab, zu welchem sich 14 Mitglieder eingefunden hatten. Es wurden in dieser Versammlung fünf Lehrlinge, die bei den Herren Innungsmeistern Stannek, bezw. Knopp, Tuch, Günther—hier und Wegehaupt—Eckersdorf lernen, aufgenommen. Nächstdem erfolgte die Freisprechung der beiden Lehrlinge Paul Zimmermann und Paul Weiß, welche ihre Qualification zum Gesellen durch ein Gesellenstück, bestehend in einem Vertikow bezw. Glasschrank nachgewiesen. Die Arbeiten wurden von der Prüfungscommission für gut befunden. Der Herr Obermeister begleitete die Ueberreichung der Lehrbriefe mit einigen wohlmeinenden Worten.

Breslau, 17. April. Heute hatte sich vor den Geschworenen der Arbeiter Valentin Ließ aus Groß-Bresa wegen Mordes zu verantworten. Der Angeklagte wurde beschuldigt, seine Geliebte, die Arbeiterin Marianne Kulla, in der Nacht vom 3. zum 4. Februar d. J. auf einer Wiese in Klein-Pogul im Kreise Wohlau durch vielfache Schläge mit einem Stiefel und durch eine große Anzahl tiefgehender Messerstiche vorsätzlich getödtet und die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Er hat bisher diesen Mord bestritten. Nach seiner Angabe ist er mit der Kulla, wie schon oft, auch in jener Nacht in Streit gerathen; sie haben sich gegenseitig geschlagen, und dabei habe er von einem großen Messer Gebrauch gemacht. Als er ihr damit einige Stiche beigebracht, habe sie ihn flehentlich gebeten, er möge sie bald ganz todtmachen, damit sie nicht erst lange Schmerzen auszustehen habe. Nun will er lediglich ihrem Wunsche gemäß so lange auf sie eingeschlagen und gestochen haben, bis sie sich nicht mehr gerührt habe. Hierauf habe er sich, nachdem er vorher ein Vaterunser gebetet, in ihrer Nähe auf der Wiese schlafen gelegt und auch bis zum Morgen geschlafen. Nunmehr habe er beschlossen, die Leiche zu beseitigen. In der Nähe befand sich ein großes, morastisches Wasserloch, in welchem Schilf stand und mit einer beinahe 6 Zoll starken Eisdecke überzogen war. In dieses Loch will Ließ mit dem Messer, welches er zur Tödtung der Kulla verwendet hatte, ein Loch geschnitten haben, welches nur so groß war, daß er die starr gewordene und gefrorene Leiche mit dem Kopfe voran unter die Eisdecke habe drücken können; dann habe er sich nach der polnischen Grenze zu entfernt. Der Angeklagte ist 1867 in Krastowitz, im Kreise Wehlau, Departement Kalisch, geboren und hat weder schreiben noch lesen gelernt. Seine Eltern leben noch in Rußland. Von 1887 bis 1891 hat Ließ in einem russischen Infantrieregiment seiner Militärpflicht genügt. Damals war er schon mit der im gleichen Alter, wie er, stehenden Marianne Kulla bekannt. Seine Eltern widersetzten sich angeblich der von ihm beabsichtigten Verehelichung mit der Kulla, weshalb er mit ihr nach Deutschland auswanderte, wo sie beide in Klein-Pogul Arbeit fanden. Jedesmal, wenn die Landarbeit aufhörte, seien sie nach Rußland zurückgekehrt. Im Sommer 1893 hatten sie in Klein-Biesa auf einem Gute dauernde Anstellung gefunden; sie kündigten aber die Arbeit für Anfang Februar, angeblich weil sie beabsichtigten, nochmals nach dem Heimathsort des Ließ zu wandern und von den Eltern desselben die Erlaubniß zur Heirath zu erbitten. Das Lohn, welches sie ausgezahlt erhielten, betrug zusammen 60 Mark. Sie benutzten die Bahn bis Breslau;

Fortsetzung in der Beilage.

Bekanntmachung.

Die von dem Stellenbesitzer Gottlieb Giesa bisher innegehabten Krakauer-Vorwerksparzellen No. 153 und 154 (am Gorszemba-Berge) und No. 176 (obere Teichwiesen) sollen anderweit verpachtet werden und zwar auf die Zeit von jetzt bis 1. October 1901.

Pachttermin wird hierdurch auf

Mittwoch, den 25. April d. Js. Nachmittags 5 Uhr

an Ort und Stelle anberaumt.

Es wird mit der Verpachtung der Parzelle No. 176 begonnen.

Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht werden.

Namslau, den 17. April 1894. **Der Magistrat.** Schulz.

Bekanntmachung.

In der **J. R. Fabian'schen Concurssache** von Namslau soll mit Genehmigung des Königlichen Amts-Gerichts hierselbst die **Schluß**-Vertheilung stattfinden. Dazu sind noch vorhanden **Rmk. 1609 41 Pf.**

Forderungen sind zu berücksichtigen

Rmk. 79,50 mit und

Rmk. 9880,75 ohne Vorrecht.

Dies wird mit Bezug auf § 139 der Reichs-Concurs-Ordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Namslau, den 19. April 1894. **Rob. Werner,** Concurs-Verwalter.

Gewinn-Liste
zur Lotterie zum Besten des Diakonissen-Nähvereins.
Namslau, den 14. April 1894.

1	4	5	14	22	26	28	32	39	41	42	44	51	62	66	80
81	82	83	84	85	88	92	95	103	107	110	112	126	138	139	142
144	146	149	152	154	164	176	194	198	206	209	211	212	213	215	216
217	219	237	240	247	253	276	312	315	332	340	343	351	354	356	359
364	365	370	372	378	380	381	382	395	396	403	412	413	423	436	438
440	441	447	449	452	454	456	464	469	471	482	484	490	497	511	514
516	519	520	521	522	524	529	534	535	541	542	556	561	564	568	581
582	584	586	601	604	609	612	613	615	616	626	629	630	636	637	638
642	652	654	671	672	674	675	678	680	682	683	690	692	696	697	702
706	714	716	720	734	735	736	748	749	760	776	788	799.			

Die Gewinngegenstände sind in der Opitz'schen Buchdruckerei gegen Abgabe des Looses in Empfang zu nehmen.

P. P.

Einem geehrten Publikum von Namslau und Umgegend zur gefl. Kenntnißnahme, daß ich das Herrn **Bruno Heine** gehörige

Cigarren-Fabrikations-Geschäft

durch Kauf erworben habe und bitte ich, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen. Ich werde stets bemüht sein, den Anforderungen der mich beehrenden Kundschaft gerecht zu werden und für reelle Bedienung Sorge zu tragen.

Gleichzeitig empfehle ich mein gut assortirtes Lager von

Cigarren, Cigaretten und Rauchtabaken

einer gütigen Beachtung.

Hochachtungsvoll

Hugo Heinzelmann

i. F. Gustav Heine's Cigarrenfabrik.

Zwangsversteigerung.

Sonnabend den 21. April 1894
Nachmittags 2½ Uhr

werde ich zu **Namslau** auf dem Sande

große Posten eiserne und hölzerne Frühbeetfenster mit Zubehör, circa 1½ Morgen Spargel, 1 Wurfmaschine, 1 Siedemaschine, 1 Arbeitswagen, 1 Pumpe mit eisernem Wasserleitungsrohr, große Posten lebende Blumen, Obstbäume, Sträucher, 1 Pferd u. s. w.

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkaufen. Kauflustige wollen sich am Gasthause des Herrn Böhm einfinden.

Schmidt,
Königlicher Gerichtsvollzieher.

Freiwillige Versteigerung
wegen Umzuges.

Am Dienstag, den 24. d. Mts.
Vormittag 10 Uhr,

werde ich **in meinem Pfandlokale im Königl. Amtsgerichtsgebäude** hier

1 Kleider-, Küchen-, Speiseschrank, eis. Bettstellen, Tische, Rohrstühle, Wanduhr, Bilder, Hängelampe, Waschmaschine, Vogelbauer, versch. Haus- und Küchengeräthe, Herren- und Damengarderobe und andere Gegenstände, sowie einige Frühjahrsmäntel für Damen

öffentlich meistbietend versteigern.

Wiese, Gerichtsvollzieher.

Im Namen des Königs!

In der Privatklagesache des Tischlermeisters Ernst Postrach zu Namslau, vertreten durch Rechtsanwalt Justizrath Dr. Landau daselbst, Privatklägers, gegen den Tischlermeister Robert Posselt in Namslau, Angeklagten, wegen übler Nachrede, hat das Königliche Schöffengericht zu Namslau in der Sitzung vom 4. April 1894, an welcher Theil genommen haben:

1. Pernock, Amtsrichter, als Vorsitzender,
2. Schmiereck, Fabrikbesitzer, } als Schöffen
3. Fuhrmann, Förster, }

Busch, Actuar, als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt

der Privatbeklagte ist der Beleidigung des Privatklägers schuldig und wird deshalb unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens mit zehn Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle mit zwei Tagen Gefängniß bestraft.

Gleichzeitig wird dem Privatkläger die Befugniß zugesprochen, den entscheidenden Theil des Urtheils innerhalb eines Monats nach Rechtskraft desselben auf Kosten des Privatbeklagten durch einmalige Einrückung im Namslau'er Stadtblatt bekannt machen zu lassen.

Von Rechts Wegen.

Aufruf!

In dem Nachlasse der verwittweten Sekretär **Rung** zu **Namslau** ist ein auf den Namen

Auguste Berger

lautendes **Sparkassenbuch** über **555 Mark aufgefunden** worden. Eigenthümer desselben soll der Wirthschaftsinspector

Valentin Duda

sein. Alle diejenigen, welche über dessen Aufenthaltsort etwas wissen, werden gebeten, dem Unterzeichneten Nachricht zu geben.

Namslau, den 18. April 1894.

Snay,
Rechtsanwalt.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch den 25. April 1894
Vormittags 10 Uhr

werde ich in meinem Pfandlokal im Königlichen Amtsgerichtsgebäude zu **Namslau**

1 großen Posten große Stoff-Herren-Wintermützen sowie **großen Posten Knaben-Wintermützen, 1 Kleiderschrank,**

ferner freiwillig

1 großen Posten Filzhüte für Knaben und Herren

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkaufen.

Schmidt,
Gerichtsvollzieher.

Freiwill. Feuerwehr.

Mittwoch den 25. d. Mts.
Abends 7 Uhr

Uebung.

Der Brandmeister.
Schmidt.

Zum Tanzvergnügen

auf **Sonntag den 22. d. M.** ladet ein

Anfang 7 Uhr. **Rückert.**

Der heutigen Nummer des Stadtblattes liegen Geschäftsofferten der Firma **Arnold Hettmeyer, Bremen, Cigarren-Fabrik und -Versandt,** bei.

Nebst Beilage.